

Terrormiliz IS attackiert türkischen Flughafen, Großbritannien verlässt die EU und Republikaner präsentieren Ergebnisse des Benghazi Berichts

Zusammenfassung der U.S.-Berichtserstattung vom 27. Juni bis 03. Juli 2016

(ch) In dieser Woche befasste sich die U.S.-amerikanische Presse mit dem Anschlag auf den Istanbuler Atatürk-Flughafen, der Entscheidung Großbritanniens die EU zu verlassen und den Ergebnissen des Benghaziberichtes.

Drei Selbstmordattentäter sprengten sich Dienstagabend am Istanbuler Atatürk-Flughafen in die Luft und rissen 41 Menschen mit sich in den Tod. Die türkische Regierung vermutet, dass hinter dem Anschlag die Terrororganisation Islamischer Staat steckt. Die *Washington Post* betont, dass die wenigen Erfolge in der Bekämpfung der Terroristen die Gefahr weiterer Terrorattacken des Islamischen Staates nicht vermindern konnte. Sie setzt auf die Rückeroberung der zwei Hauptstandorte der Terrormiliz in Mosul und Rakka. Hierdurch könnten nicht nur Iraker und Syrer befreit, sondern auch Bürger westlicher Demokratien und deren Verbündete wie die Türkei geschützt werden. Auch die *Chicago Tribune* setzt auf die Bekämpfung der Terrormiliz in Syrien und im Irak. Im Irak sei bereits eine vielversprechende Entwicklung zu erkennen. In Syrien hingegen müsse man intensiver gegen Bashars Regierung kämpfen. Die *NY Times* hingegen sieht das Problem der Türkei in Präsident Erdogans aggressiver und umstrittener Innenpolitik. Er bekämpfe nicht nur die Terrormiliz IS in den Nachbarländern, sondern auch die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK im eigenen Land. Wenn es nach der *NY Times* geht, muss sich Erdogan wieder um Friedensgespräche mit den Kurden bemühen, dadurch würden die Attacken der PKK verringert und die nationale Sicherheit stabilisiert. Dies würde außerdem einen konzentrierteren Einsatz gegen den IS erlauben.

Auch das Ausscheiden der Briten aus der EU beschäftigte die U.S.-amerikanische Presse diese Woche. Die *Chicago Tribune* sieht den Brexit als eine eindrucksvolle Warnung für die US-Bürger. Noch viel mehr aber sei der Austritt Großbritanniens ein deutlicher Ausdruck für den giftigen Einfluss des Populismus, der einer Flutwelle gleiche. Auch die

Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA würden ihrer Meinung nach unter dem Austritt aus der EU leiden, da Großbritannien außerhalb der EU politisch und wirtschaftlich geschwächt sein wird. Die *Washington Post* hingegen geht auf Nigel Farages Forderung ein, die Briten sollten den 23. Juni zum „Independence Day“ erklären. In diesen Ruf nach einem Unabhängigkeitstag und dem Verweis auf die Amerikanische Revolution spiegele sich in der grundlegende Lektion von 1776 wieder, welche da laute: Bevor man die Unabhängigkeit verkündet, sollte man herausfinden was als Nächstes kommt. Oder anders gesagt: Verfassungen kommen vor Revolutionen. Das Entwerfen der Verfassung in den USA begann nämlich schon im November 1775. Des Weiteren wird auf John Adams to-do Liste für die Sitzung des Kongress’ im Februar 1776 verwiesen, auf welcher an vierter Stelle die Einsetzung einer Regierung in jeder Kolonie und erst an 14. Stelle die „Unabhängigkeitserklärung“ gestanden habe. Eine weitere Nachricht aus Großbritannien wurde vor allem von der *NY Times* behandelt. Der ehemalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson gab bekannt, dass er sich nicht um die Nachfolge des scheidenden Premierministers David Cameron bewerben werde. Die *NY Times* deutet diese Bekanntmachung so, dass Johnson nicht bleiben wolle um das Chaos aufzuräumen, welches er selbst angerichtet hätte. Ihrer Meinung nach würde ihm eine Auszeit aus der britischen Politik jedoch gut tun.

Der Ermittlungsausschuss des U.S.-Repräsentantenhauses, der die Vorfälle in Benghazi untersucht, hat nun nach zwei Jahren seinen Bericht veröffentlicht. Dies sei der Höhepunkt eines sinnlosen Kräfteverschwendens, welches nur als ein politischer Rachefeldzug der Republikaner gegen Hillary Clinton gesehen werden kann, so die *NY Times*. Der Bericht bestrafe das Verteidigungsministerium, die CIA und das Außenministerium dafür, dass sie die ernsthaften Risiken in Benghazi nicht erkannt hätten und Einrichtungen unterhielten, welche sie nicht beschützen konnten. Die *NY Times* argumentiert, dass die Administration sich offensichtlich bemühen muss, amerikanische Diplomaten zu beschützen, hierfür müsse der Kongress jedoch ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Die *Chicago Tribune* ist der Meinung, der Bericht zeige, dass die damalige Regierung um Obama und Clinton die Ereignisse der Öffentlichkeit falsch geschildert hätten. So war die Rede von einem spontanen Gewaltausbruch, einer wütenden Horde. Gleichzeitig hätte Clinton aber in einer Email an ihrer Tochter behauptet, dass die Terrorgruppe al-Quaida die Verantwortlichen wären. Die *Washington Post* schreibt, dass Regierungsfehler vor und nach den Attacken aus einer Kombination von nachvollziehbarer Verwirrung und Fehlern, die aus gutem Glauben entstanden, resultierten, jedoch nicht auf Grund von Verschwörung, Vertuschung, Politik,

oder das absichtliche Zurücklassen von amerikanischem Personal, wie es die Republikaner es so häufig und fieberhaft angedeutet hatten.

Quellen:

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com

www.chicagotribune.com